



# HESSISCHER LANDTAG

11. 06. 2024

Plenum

## Antrag

**Fraktion der CDU,****Fraktion der SPD****Beteiligung und Förderung von Jugendlichen ausweiten**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Eine erfolgreiche Jugendpolitik kann nur gelingen, wenn die Sichtweise junger Menschen aktiv einbezogen wird. Der Landtag betont daher, dass die Beteiligung und Förderung von Kindern und Jugendlichen von entscheidender Bedeutung ist. Teilhabe und Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen ist ein fundamentaler Baustein für die Gesellschaft von heute und morgen. Sie trägt unter anderem zur Förderung von Demokratie bei und ist in der Hessischen Landesverfassung verankert. Aus diesem Grund begrüßt der Landtag die Entscheidung der Landesregierung, die Beteiligung junger Menschen an gesellschaftlichen Entscheidungs- und Entwicklungsprozessen weiter zu verstärken. Der Landtag wird deswegen eine Enquete-Kommission „Demokratie und Teilhabe leben – Jugendbeteiligung stärken“ einrichten.
2. Der Landtag betont den hohen Stellenwert der außerschulischen Jugendbildung und bekennt sich zur Notwendigkeit der Unterstützung der Träger der Jugendhilfe durch das Land Hessen. Der Landtag unterstützt die Landesregierung daher in der Bestrebung, die Träger insbesondere in den wichtigen Bereichen „Beteiligung junger Menschen“ und „aufsuchende Jugendarbeit in ländlichen Gebieten“ zu unterstützen. Der Landtag beschließt daneben die Weiterführung des Programms „Inklusive Ausrichtung der Jugendhilfe“, um auch die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen sicherzustellen.
3. Der Landtag betont, dass erfolgreiche Jugendhilfe nur mit ausreichenden Mitteln umgesetzt werden kann. Er setzt sich deshalb dafür ein, dass das Programm „Aufholen nach Corona“ fortgesetzt wird. Das Programm soll einen Beitrag dazu leisten, die Träger der Jugendhilfe in die Lage zu versetzen, jungen Menschen auch in schwierigen Zeiten Räume zu bieten, in denen diese sich begegnen, austauschen und wachsen können. Aus diesem Grund soll das Programm auf die Themenschwerpunkte Kinder- und Jugenderholung, Bewegung, mentale Gesundheit/Resilienz, Medienkompetenz, Gewaltprävention und geschlechtersensible Arbeit ausgeweitet werden. Der Landtag begrüßt, dass die Landesförderung der Jugendverbände und der politischen Jugendarbeit dynamisiert werden soll. Die Landesregierung wird außerdem gebeten, eine deutliche Erhöhung der Umsatzbeteiligung der Jugendarbeit an der Verteilung der Spieleinsätze nach dem Hessischen Glücksspielgesetz (HGlüG) zu prüfen.
4. Der Landtag unterstützt die Landesregierung in dem Bestreben, den Jugendmedienschutz zu intensivieren. Gerade vor dem Hintergrund, dass junge Menschen viel Zeit mit sozialen Medien verbringen und einen großen Teil der Informationen über sie beziehen, ist ein geschulter Umgang hiermit umso wichtiger. Der Landtag unterstützt die Ausbildung der Medienkompetenz bei Jugendlichen. Die Landesregierung soll prüfen, inwieweit hierfür zusätzliche Fördermittel bereitgestellt werden können. Der Landtag begrüßt, dass die Beratung im Bereich Jugendmedienschutz ausgeweitet wird.
5. Der Landtag nimmt mit einem Sozialdaten-Monitoring das Thema „Verschiedene Lebenslagen von jungen Menschen in Hessen“ fokussiert in den Blick, um aus den Folgerungen einen Kinder- und Jugendförderplan zu entwickeln.

6. Der Landtag beschließt, dass queere Jugendliche zielgerichtet unterstützt werden, insbesondere im ländlichen Raum. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir den „Hessischen Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt 2.0“ evaluieren, fortschreiben und nach Möglichkeit ausbauen und in diesem Rahmen die Angebote für queere Jugendliche verbessern. Einen weiteren Schwerpunkt stellt die Sensibilisierung, Professionalisierung und Weiterqualifizierung von Versorgungs- und Regelstrukturen hinsichtlich der Lebensrealitäten und Bedarfe queerer Jugendlicher dar. Auch die Vernetzung von Organisationen schafft Sichtbarkeit für das Thema und unterstützt die Professionalisierung, indem sie Erfahrungs- und Wissensaustausch ermöglicht.
7. Der Landtag unterstützt die Landesregierung darin, eine unabhängige Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche mit einer verbindlichen finanziellen Perspektive einzusetzen. Das Land wird dazu die bestehende Ombudsstruktur mit einem neuen, veränderten Auftrag fördern und sukzessive ausbauen. Dieser Prozess wird konstant evaluiert. Damit setzt das Land die Grundlage für ein bedarfsgerechtes Angebot.
8. Der Landtag begrüßt, dass eine hauptamtliche Geschäftsführung für den Landesheimrat Hessen eingerichtet werden soll. Ziel ist es, insbesondere auch für Kinder und Jugendliche in Heimunterbringung die Beteiligungsrechte zu erhöhen.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 11. Juni 2024

Für die Fraktion  
der CDU  
Die Fraktionsvorsitzende:  
**Ines Claus**

Für die Fraktion  
der SPD  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Tobias Eckert**